

# GLOBAL DENKEN – LOKAL HANDELN

Wir wissen schon seit Jahren, dass die Bekämpfung des globalen Klimawandels eine der wichtigsten Herausforderungen der Zukunft sein wird. Immer häufiger und heftiger auftretende Wetterkapriolen und andere Umweltkatastrophen lassen erahnen, welche dramatischen Folgen der Temperaturanstieg haben wird.

## KOMMUNALER KLIMASCHUTZ

Auch wir in Mitteleuropa bekommen den Klimawandel immer deutlicher zu spüren. Vor diesem Hintergrund hat sich Deutschland verpflichtet, seinen Ausstoß an Treibhausgasen deutlich zu verringern.

Wir erwarten, dass die Politiker und Einwohner der Stadt Lage ihre Verantwortung erkennen und wahrnehmen. Denn das anspruchsvolle Ziel des nationalen Klimaschutzprogrammes ist nur zu erreichen, wenn alle ihren Ausstoß von Treibhausgasen reduzieren.



Haushalte, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen haben einen Anteil von nahezu 50 % am Energieverbrauch. Allein das Heizen verursacht 80% der gesamten CO<sup>2</sup>-Emissionen der privaten Haushalte. Gerade hier rentieren sich Investitionen: Mit heutiger Technik ist rund die Hälfte dieses CO<sup>2</sup>-Ausstoßes wirtschaftlich vermeidbar. Auch beim Stromverbrauch und im Verkehr können erhebliche CO<sup>2</sup>-Mengen vermieden werden.

Die Energiesparpotentiale der Städte und Gemeinden sind riesig. Sie zu

erschließen, schützt das Klima und schont die begrenzten Ressourcen. Gerade in Zeiten schwacher Konjunktur sichern Investitionen in den Klimaschutz die Arbeitsplätze vor Ort und schonen zudem den eigenen Haushalt. Die Kommunen können und müssen deshalb ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

## KLIMASCHUTZ IN LAGE

Welche Beiträge können wir in Lage leisten, um das Klima zu schützen?

- Unsere Kinder und Jugendlichen gehen in Kindergärten und Schulen, die nur unzureichend in Stand gehalten wurden und schlecht gedämmt sind. Einige Gebäude, wie z. B. die Grundschule Billingshausen, sind wahre Energieverschwender. Bündnis 90/Die Grünen fordern eine zügige Modernisierung nach den neuesten energetischen Möglichkeiten.







Solaranlage auf der Turnhalle der neuen Kantorschule

- Ein qualifizierter Energieberater ist einzustellen. Dieser unterstützt die Bauverwaltung bei der Sanierung der Gebäude. Er führt das Programm „Energiesparen macht Schule“ fort und erstellt ein Solar-kataster.
- Die Dachflächen aller städtischen Gebäude sind für Solaranlagen zur Verfügung zu stellen, soweit sie die richtige Ausrichtung haben. Warum wurde bei der Grundschule Kachtenhausen die große Dachfläche nicht mit einer Photovoltaikanlage bestückt?
- Die Errichtung neuer Gebäude sollte grundsätzlich nur noch in Ost-West-Richtung erlaubt sein, so dass eine Nutzung der Solarenergie möglich ist.
- Investoren, die auf regenerative Energie setzen, sind zu fördern. Dass die Betreiber der Windkraftanlagen in Hardissen jahrelang hingehalten wurden, ist blamabel für die Stadt Lage. Andere Kommunen wie beispielsweise Barntrop decken bereits 56% ihres Energiebedarfs durch regenerative Energien ab.
- Ein Pflanzprogramm für Großbäume und Heckenpflanzungen zur Bindung von CO<sup>2</sup> ist aufzustellen.
- Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung zum Erhalt großer Bäume in der Stadt.

## UMWELTSCHUTZ

Naturschutz, Erhalt der Artenvielfalt, sanfter Tourismus und eine ökologische Landwirtschaft sind Teil grüner Umweltpolitik. Wir wollen Naturschutzgebiete und Biotope erhalten und großräumig vernetzen. Wir setzen uns für die Umwandlung der Senne/Teuto-Region in einen Nationalpark ein. „Kampfdörfer“ gehören nicht in diese einzigartige Naturlandschaft!

Bündnis 90/Die Grünen fordern eine Stärkung des städtischen Um-

weltantes, einhergehend mit einer klaren Aufgabenbeschreibung. Das fängt an bei A – wie Abwasserkonzept und endet bei Z – wie zahlreiche wilde Müllkippen. Bäche und Auen sind zu schützen. Gewässer müssen „entfesselt“ werden, um Hochwasserschäden vorzubeugen. Die Luftreinhaltung muss beobachtet werden.

Auch die Verleihung des „Umweltpreises“ für besonders innovative Ideen sollte wieder eingeführt werden. Lage braucht eine neue Baumschutzsatzung.

## LANDSCHAFTSCHUTZ UND BAUEN

Wie schon in der Vergangenheit treten Bündnis 90/Die Grünen auch zukünftig für eine Bauflächenausweisung ein, die ortsnah ist und möglichst Baulücken auffüllt. Landschaftsschädigenden Einzelinteressen von Bauherren darf nicht nachgegeben werden. Wir fordern die Festsetzung von Ausgleichsflächen nach Baumaßnahmen.

Wir haben erreicht, dass in hochwassergefährdeten Gebieten endlich nicht mehr gebaut werden darf.

Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass sich dieser Einsatz zukünftig für Umwelt und Haushalt rechnet. Der ungebremste Klimawandel mit seinen Auswirkungen wird um ein vielfaches teurer werden als unsere heutigen Gegenmaßnahmen.



Werreaue